



Ministerpräsident Horst Seehofer auf der Konferenz zur demografischen Entwicklung

Beruhigungsspiele für Oberfranken

Die bayerische Staatsregierung will an der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilregionen des Freistaates festhalten. Das hat Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) bei einer Konferenz zur demographischen Entwicklung Oberfrankens bekräftigt. Eine Wunderwaffe gegen Überalterung und massenhaftem Wegzug gibt es nach den Worten Seehofers allerdings nicht.

Bayerns kleinster Bezirk ist von den Auswirkungen am stärksten betroffen, hinzu kommt die noch immer höchste Arbeitslosenquote im Freistaat. Nicht zuletzt deshalb hatten oberfränkische Landtagsabgeordnete, auch aus Seehofers eigener Partei, schon im vergangenen Jahr eine „Oberfranken-Konferenz“ gefordert, um das Schicksal der Region zu debattieren.

Wunsiedel verliert fast jeden fünften Einwohner

Das Schrumpfen wird immer rasanter, so soll die Bevölkerung aller Städte und Landkreise in Oberfranken mit Ausnahme von Bamberg und Forchheim abnehmen. Spitzenreiter ist der Landkreis Wunsiedel, der bereits bis zum Jahr 2025 um fast 20 Prozent schrumpfen soll, von 79 000 auf 64 000. Nicht viel besser sieht die Situation in den Kreisen Kronach und Hof aus, wo die Experten einen Einwohnerrückgang um etwa 13 Prozent bis 2025 voraussagen. Ursache: Seit Jahrzehnten sterben kontinuierlich immer mehr Menschen als geboren werden, junge Leute ziehen weg. Der Ministerpräsident war um dramatische Bezeichnungen nicht verlegen: „Wir haben es hier mit dem Ozonloch der Gesellschaftspolitik zu tun“, sagte er, der „größten gesellschaftlichen Herausforderung überhaupt“. Der Freistaat sei deshalb gut beraten, an der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse festzuhalten und in Bildung, Infrastruktur und Dienstleistungseinrichtungen zu investieren. „Ist erst einmal die Infrastruktur weg, sind auch die Menschen weg“, warnte Seehofer.

Doch ein geschärftes Problem-

bewusstsein bedeutet noch nicht gleich ein erfolgversprechendes Lösungskonzept. Die Vorschläge des Ministerpräsidenten klangen nicht wirklich neu, vor allem sind sie sehr allgemein gehalten: neue Hauptschulklassen (bekanntlich gibt kaum jemand der Hauptschule noch eine lange Zukunft), neue Studienplätze, ein „Maßnahmenbündel“, um die ärztliche Versorgung auch in ländlichen Regionen aufrechtzuerhalten sowie den Ausbau der DSL-Versorgung, „notfalls über Funk“. Gerade hier tut der Freistaat aber deutlich weniger, als möglich wäre. Die Regelförderung wird auf 1 bis 2 mBit beschränkt – geradezu lachhaft für die Datenmengen der meisten mittelständischen Betriebe. „Tote Hose statt Laptop und Lederhose“, spottete kürzlich Gemeindegatschef Uwe Brandl.

Statt dessen versuchte Seehofer, den Ball flach zu halten. In Wunsiedel wären es ja gar nicht so viele Menschen wie derzeit kolportiert, die verschwinden, lediglich elf statt 20 Prozent. „Schließlich leben in Oberfranken heute 45 000 Menschen mehr als vor Öffnung des Eisernen Vorhangs.“ Und überhaupt habe die Schere zum übrigen Bayern in den 1990er Jahren noch stärker auseinandergeklafft. Die Argumentation klang allerdings sehr nach einer Beruhigungsspiel.

Seehofers Taktik ist klar: Die Frage nach einer Gebietsreform soll sich gar nicht erst stellen. Dabei ist der Fortbestand eines Landkreises wie Wunsiedel mit nur noch einem Viertel der Einwohner des Landkreises München zumindest fragwürdig. Doch die gesamte Parteispitze ist offenbar angehalten, hier in der Öffentlichkeit jede aufkommende Glut sofort zu löschen, jüngst erst wieder Erwin Huber, Chef des Wirtschaftsausschusses im Landtag, bei den Münchner Tagen der Landentwicklung.

Region für junge Leute interessant machen

Die aus Oberfranken stammende Umwelt-Staatssekretärin Melanie Huml (CSU) kündigte mehrere Maßnahmen an, um die Region

gerade für junge Leute interessant zu machen. So soll unter anderem noch heuer ein Onlineportal freigeschaltet werden, das allen interessierten Familien erstmals einen umfassenden Überblick über die entsprechenden Angebote geben wird. Dieses neue Portal ist dabei nicht nur zur Bündelung von Informationen aus ganz Oberfranken gedacht, sondern soll auch Einheimische wie Neubürger „von der hohen Lebensqualität der Region überzeugen“. Worin diese höhere Lebensqualität etwa gegenüber dem Großraum München besteht, von niedrigeren Mieten mal abgesehen, wurde allerdings nicht konkret angesprochen.

Als „entscheidendes Mittel gegen den Wegzug“ bezeichnete Regierungspräsident Wilhelm Wenning die „Schaffung und Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze“ – ein Satz, so selbstverständlich wie banal, der außerdem geschickt ausblendet, dass nicht Regierungen Arbeitsplätze schaffen, sondern Firmen. Die Teilverlagerung des Landesamtes für Umwelt nach Hof sei insofern eine richtige und beispielgebende Entscheidung gewesen, ergänzte Wenning. Wobei der subventionierte Umzug einer Behörde kaum mit der Ansiedlung eines privaten Unternehmens vergleichbar sein dürfte.

Die von der Regionalmarketing- und Regionalmanagementinitiative Forum Zukunft Oberfranken Offensiv veranstaltete Tagung mit rund 250 Teilnehmern war gleichzeitig der Auftakt für eine ganze Reihe von weiteren Veranstaltungen, scheint also, als würden noch viele „Oberfranken-Konferenzen“ stattfinden. Weiter geht es am Montag, 5. Juli, dann soll Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), bekanntlich ein Oberbayer, seine Ideen für die Zukunft des ländlichen Raumes vorstellen.

Mitte dieser Woche kündigte die Staatsregierung an, generell finanzschwache und von Abwanderung betroffene Gemeinden mehr zu unterstützen. Ab 1. Juni 2010 wird eine Sonderförderung bei Dorferneuerung und Städtebau eingeführt. Der Fördersatz könne auf bis zu 80 Prozent aufgestockt werden, wenn finanzschwache Gemeinden an Investitionshindernissen zu scheitern drohen. Agrarminister Helmut Brunner (CSU)

-Nr. 12 v.
26.03.10,
S. 14

Bayrische Staatszeitung!

Wenn es die schon merkt muß es schlimm sein!

Aber unsere Schönredner vor Ort merken immer noch nichts!

Huuhl!
Wenning!

sagte, die Maßnahme solle Bevölkerungsverluste in strukturschwachen Gebieten verhindern. Finanziert werden soll die Maßnahme aus Mitteln des bayerischen Städtebauförderprogramms.
▲ STEPHAN H. FUCHS/ANDRÉ PAUL